

Aus der Stadtbürgerschaft vom 19. Januar 2016

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/137d>

Aus Flüchtlingen werden BremerInnen – Sofortprogramm Wohnungsbau

Schwerpunkt der heutigen Sitzung der Stadtbürgerschaft war mit zwei Großen Anfragen und zwei Anträgen der nötige Wohnungsbau angesichts der vielen Menschen, die als Flüchtlinge nach Bremen kommen.

Es wird geschätzt, dass bis Ende des Jahres 2017 rund 30.000 Flüchtlinge nach Bremen kommen – es können aber auch mehr oder weniger werden. Deshalb muss jetzt in eine möglichst flexible Planung eingetreten werden, die auch rasch umgesetzt werden muss. Das betrifft nicht nur eine höhere Zahl an Plätzen in Übergangwohnheimen, sondern auch die Errichtung einer großen Zahl von Wohnmodulbauten. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum wächst allerdings nicht nur durch Flüchtlinge, auch Studierende und ärmere Menschen haben steigenden Bedarf. Der Senat steht damit vor der schwierigen Aufgabe, zügig die nötigen Flächen bereitzustellen, schneller, günstiger, aber nicht schlechter zu bauen, und dies ohne eine städtische Wohnungsbaugesellschaft. Dabei ist auch ein hohes Maß an Kooperation der beteiligten Ressorts, der Bremischen Gesellschaften und auch der Politik und der BürgerInnen in den Stadtteilen nötig. Ein umfangreicher Koalitionsantrag gibt dem Senat strukturiert die nötigen zu unternehmenden Schritte auf.



Robert Bücking, bau- und stadtentwicklungspolitischer Sprecher, zeigte die Entwicklung von der Großen Anfrage zum heute beschlossenen Antrag auf. Da war zunächst die Frage, woher alle die Wohnungen und Bauplätze kommen sollen, wenn die Flüchtlinge aus den Unterkünften des Sozialressorts heraus dürfen und auf

den Wohnungsmarkt strömen – anständige Häuser in guten, entwicklungs-fähigen Quartieren statt Turnhallen und flattrige Zelte. Und es war von Anfang mit der Frage verbunden, lässt sich dieses neue Stadtwachstum so organisieren, dass das alte Stadtwachstum, auf das Bremen angewiesen ist, weiterhin möglich ist.

Die Jahre 2016 und 2017 werden in dieser Legislaturperiode entscheidend sein für das Stadtwachstum und den Wohnungsbau in diesen Jahren werden die Grundlagen dafür gelegt, ob die Integration der Flüchtlinge gelingt. Kluger Städtebau, so Bücking, kann dazu beitragen. Er forderte von der Verwaltung und vom Senat dabei auch Verfahrensvereinfachung, Straffung und Konzentration von Entscheidungswegen ein. Denn, so Robert Bücking: „Wenn wir nicht schneller werden, werden wir verlieren.“



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de